



An den
Landrat des Oberbergischen Kreises
Herrn Hagen Jobi
Kreishaus – Moltkestraße 42
51643 Gummersbach

29. Juni 2013

Entlastung der Kommunen von durch Bundesgesetze verursachten Sozialkosten
Antrag zur Sitzung des Kreistags am 4. Juli 2013

Sehr geehrter Herr Landrat,

hiermit beantragen die Kreistagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, zum Thema „Entlastung der Kommunen von durch Bundesgesetze verursachten Sozialkosten“ den folgenden Beschluss zu fassen:

Eine zentrale Ursache für die schwierige finanzielle Lage der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen sind bundesgesetzlich normierte Soziallasten, die inzwischen auf ein Volumen von etwa 45 Mrd. Euro angewachsen sind. Seitens aller kommunalen Spitzenverbände wird deshalb eine weiter gehende Übernahme dieser Kosten durch den Bund gefordert. Dieser Forderung schließt sich der Oberbergischer Kreis an. Konkret äußert er die Erwartung, dass der neu zu wählende Bundestag noch im Zuge der Haushaltsberatungen 2014 folgende Sofortmaßnahmen beschließt und dass sich die zukünftigen oberbergischen Bundestagsabgeordneten in diesem Sinne einsetzen:

1. Die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft im Rahmen des Arbeitslosengeldes II nach SGB II wird auf (einheitlich) 49% erhöht. (Begünstigungen einzelner Länder durch geltende Sonderquoten sind anderweitig auszugleichen.) Dies hilft strukturell belasteten Kommunen in besonderem Maße und erbringt einen Entlastungseffekt von rund 1,6 Mrd. Euro.
2. Der Bund übernimmt die Kosten der Eingliederungshilfe nach SGB XII in einem spürbaren Volumen von mindestens 2 Mrd. Euro.

Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Wurth,
SPD-Fraktionsvorsitzender

gez. Helmut Schäfer,
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen